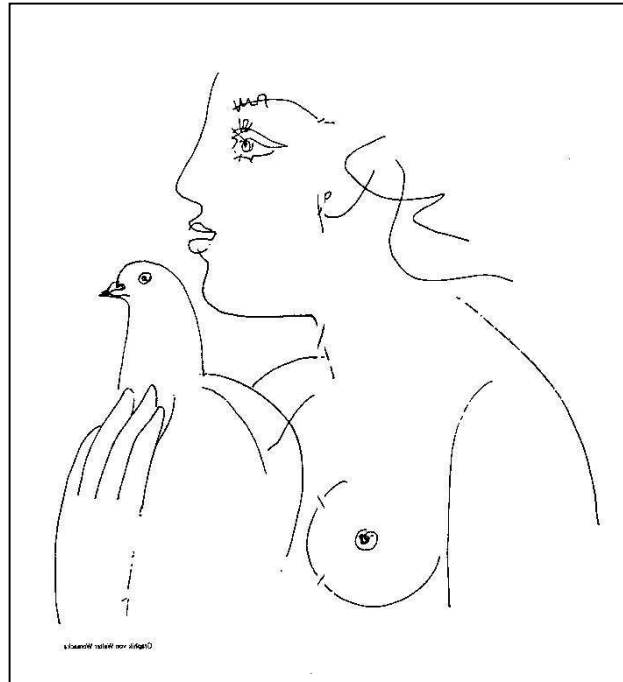


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 40



Zur Wahlkampfsituation in den USA 2008 – das Jahr der Präsidentenwahl

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 15.01.2008

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Unter Wahlexperten in den USA herrscht die Meinung vor, dass die Novemberwahl 2008 die wichtigste, spannendste, revolutionärste und natürlich auch die teuerste Wahl in der Geschichte der USA werden wird. Gegenwärtig tragen viele US-Bürger Buttons mit der Aufschrift '1/20/09' am Jackenkragen, als Aufdruck auf T-Shirts bzw. als Aufkleber an den Stoßstangen ihrer Autos mit der Bedeutung, dass am 20. Januar 2009 der letzte Arbeitstag von George W. Bush als Präsident der USA zu Ende gehen wird. Die 'bushlastday'- Bewegung empfinden offenbar immer mehr US-Bürger als einen Tag der Erlösung: Nach jüngsten Umfragen sollen 72 % der Bevölkerung unzufrieden damit sein, 'wie die Dinge in Washington laufen'. Nur 26 % zeigten sich zufrieden. Die landesweit zugenommenen Demonstrationen gegen den Krieg der USA im Irak und die vielfältigen kritischen Äußerungen von Politikern, vor allem von Kongressmitgliedern und Journalisten, über das Verhalten der Bush-Administration gegenüber dem Iran unterstreichen die unübersehbare Forderung nach einem Wandel in der Politik.

Die am 4. Januar 2007 als erste Frau in der mehr als 200-jährigen Geschichte der USA zur Präsidentin des Repräsentantenhauses gewählte Nancy Pelosi erklärte nach ihrer Wahl: "Heute ändern wir die Richtung unseres Landes. ... Wir brauchen eine neue Ausrichtung im Irak." Die von Kongressmitgliedern und Zuschauern geäußerte Zustimmung zu Nancy Pelosi veranlasste Jörg Semmler - ein anerkannter Experte für das US-Wahlrecht - zu der Feststellung: "In den nächsten zwei Jahren wird sie die wichtigste Demokratin im politischen Washington sein. Sie kann nach zwölf Jahren der republikanischen Mehrheitsherrschaft das Amt zu einer Plattform für eine nationale Oppositionsführerschaft gegen Bush machen. Mit anderen Worten: Sie dürfte die mächtigste Gegenspielerin des Präsidenten werden." Zusammen mit den Mehrheitsführern im Senat, Harry Reid, und im Repräsentantenhaus, Steny H. Hoyer, sieht Nancy Pelosi gute und berechtigte Chancen sowohl auf den verschiedenen Gebieten der Innenpolitik, aber auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, Veränderungen bis hin zu strategischen Entscheidungen bewirken zu können. In der parlamentarischen Praxis werden sicherlich auch Grenzen dafür deutlich, denn der Präsident in den USA verfügt nach der Verfassung über außergewöhnliche Handlungsfreiheiten gerade in der Außen- und Verteidigungspolitik.

Mitte November 2007 hat das von den Demokraten dominierte Repräsentantenhaus mit 218 Ja- und 203 Neinstimmen den Gesetzentwurf zur Bereitstellung von 50 Milliarden Dollar (rd. 34 Milliarden Euro) für die US-Truppeneinsätze in Irak und Afghanistan an einen Truppenabzug aus dem Zweistromland geknüpft. 30 Tage nach Verabschiedung des Gesetzes sollte der Truppenabzug beginnen und bis Ende 2008 abgeschlossen sein. Am 18. Dezember 2007 verabschiedete auf massiven Druck des Weißen Hauses der US-Senat mit 70 zu 25 Stimmen das Haushaltgesetz für 2008, das auch die geplanten Ausgaben für den Irak-Krieg einschließt. Offenbar fürchteten mehrere demokratischen Senatoren aus dem eigenen Lager, die Maßnahmen könnten ausgerechnet zur Weihnachtszeit als mangelnde Unterstützung für die im Irak kämpfenden Soldaten ausgelegt werden. Der demokratische Senator Edward Kennedy geißelte dieses Votum als 'weiteren Blankoscheck für Bushs Krieg'. Ende Dezember 2007 ging Präsident Bush auf Konfrontationskurs zum Kongress, indem er einem vom diesem verabschiedeten Gesetz über Militärausgaben in Höhe von 696 Milliarden Dollar seine Unterschrift verweigerte. Die darin enthaltene Klausel, dass Opfer des Saddam-Regimes die irakische Regierung auf Entschädigung verklagen könnten und irakisches Vermögen in Milliardenwert sofort eingefroren werden könnte, würde den Wiederaufbau im Irak gefährden, erklärte Bushs Sprecher Scott Stanzel.

In den Wahlkämpfen der Jahre 2007 bis 2009 rückt in den USA im Zusammenhang mit der Problematik Klima/Umweltschutz die Forderung nach einem radikalen Politikwechsel in das Zentrum der Aufmerksamkeit: Selbst einige republikanische Bewerber um das Präsidentenamt setzen sich immer deutlicher von Bush-Positionen ab und plädieren für eine aktive Rolle der USA auf den Gebieten Klima/Umweltschutz. Sie sprechen sich für eine neue Phase des gemeinsamen Voranschreitens der Völker im Klimaprozess aus. Alle Bewerber der Demokratischen Partei betrachten Klima/Umweltschutz als ein zentrales Thema ihres Wahlkampfes. Für sie ist die Rückkehr der USA in die Klimagemeinschaft auch deswegen von großer Bedeutung, damit kein Land der Erde mehr eine Ausredeposition in Richtung Kyoto-Protokoll einnehmen kann. Sie befürworteten den am 15. Dezember 2007 auf dem Weltklimagipfel in Bali von 186 Staaten

verabschiedeten Aktionsplan (Bali-Roadmap), der bis 2009 ein Klimaschutzabkommen mit konkreten Emissionszielen vorsieht. Es soll das Kyoto-Protokoll ersetzen, das von 21 Staaten, darunter den USA, nicht ratifiziert wurde. Im Falle ihres Wahlsieges werden sie 'sofort den Prozess zur Aushandlung eines Kyoto-Nachfolgeprotokolls anführen'.

Auf den Gebieten Klima/Umweltschutz hat in den USA ein Politikwechsel bereits begonnen: In mehr als der Hälfte aller Bundesstaaten wurden spezielle Umweltgesetze auf parlamentarischem Wege verabschiedet. Eine gewisse Vorreiterrolle hat Kalifornien eingenommen, das bekanntlich von dem Republikaner Arnold Schwarzenegger regiert wird. Der Bürgermeister von New York unterschrieb in Bali eine Deklaration, mit der er sich verpflichtete, den Treibhausgasausstoß bis 2050 um 60 bis 80 Prozent unter das Niveau von 1990 zu bringen. Und 150 Firmen aus den USA verlangen von ihrer Regierung Emissionsgrenzen, weil sie verstanden haben, dass sie nicht so weitermachen können wie bisher.

Im Jahre 2007 waren bereits viele Formen des Wahlkampfes für die Novemberwahl 2008 anzutreffen. In den beiden großbürgerlichen Parteien, der Demokratischen und der Republikanischen Partei, bildeten sich bereits mehrere Wahlkampfteams. Medien berichten darüber, dass sich 53 Prozent der Wähler für Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei und nur 38 Prozent für Kandidaten der Republikanischen Partei ausgesprochen hätten. Die über 30 in den USA existierenden sogenannten dritten Parteien (liberale, sozialistische und rechtsradikale) müssen sich mit schwierigen Wahlkampfbedingungen auseinandersetzen. Die in den einzelnen Bundesstaaten jeweils unterschiedliche Wahlgesetzgebung fordert von den dritten Parteien in schriftlicher Form Nachweise von Sponsoren und möglichen Wählern in hoher Zahl. Erst dann besteht für sie die Möglichkeit, mit Kandidaten auf die Wahllisten zu kommen. In den meisten Medien der USA wird über 'dritte Parteien' kaum berichtet.

Die Kandidaten

In der Demokratischen Partei haben sich bis jetzt folgende Präsidentschaftskandidaten beworben:

Hillary Clinton (60), **Barack Obama** (46), **Bill Richardson** (59), **John Edwards** (54) und **Joe Biden** (65).

Hillary Rodham Clinton gab am 20. Januar 2007, genau vierzehn Jahre nachdem ihr Ehemann Bill Clinton als 42. Präsident der USA vereidigt worden war, ihre Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten bekannt und erklärte: "Ich bin im Rennen und ich will gewinnen."

Im Juli 2003 hatte Hillary Clinton in einem Interview auf die Frage von Christoph Amend "Was unterscheidet das Amerika der Republikaner vom Amerika der Demokraten?" geantwortet: "Ein demokratisches Amerika versucht, allen die gleichen Chancen zu ermöglichen. Es schützt die Umwelt. Es verbessert sein Gesundheitssystem. Unter unserer derzeitigen Regierung werden wohlhabende Menschen wie ich mit Steuerkürzungen belohnt – und Umweltverschmutzer nicht mehr für ihre Tätigkeit bestraft. Ich hoffe, dass wir Demokraten bald wieder den Präsidenten stellen." Und erinnert an eine ihrer Reden aus dem Jahr 1991, dass 2010 eine Präsidentin regieren wird, sagt sie voraus: "Ich hoffe, ich behalte Recht. Wissen Sie, Mrs. Roosevelt konnte sich nicht vorstellen, dass überhaupt jemals eine Frau je Präsidentin werden könnte. Mrs. Carter hat noch Ende der 70er Jahre gesagt, dass im Jahr 2000 eine Frau an der Spitze der Vereinigten Staaten stehen wird. Ich habe mit 2010 ein Datum gesetzt, von dem ich hoffe, dass es realistisch ist. Aber wer weiß das schon?"

Hillary Clinton konnte bis jetzt in den stattgefundenen gemeinsamen Wahlveranstaltungen der Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei ihre Führungsposition verteidigen. Ihr Motto kommt bei Wählern an: "Nach den Jahren unter Präsident Bush ist es an der Zeit, dass das Land eine andere Richtung nimmt." Sie besitzt das am profiliertesten organisierte Wahlkampfteam, konnte ein stattliches Vermögen ansammeln, das im Wahlkampf erfolgreich eingesetzt werden kann. In Fragen der nationalen Sicherheit demonstrierte sie Stärke. In der Umwelt- und Klimapolitik entwickelte sie ein ganzes Programm, damit sich die USA in der Zukunft zu einem umweltfreundlichen

Land entwickeln können: Reduzierung des CO₂- Ausstoßes von 1990 bis 2050 um 80 %; Aufforderung an die Autoindustrie, Autos mit geringerem Kraftstoffverbrauch zu produzieren (4,3 Liter pro 100 Kilometer). 'grünes' Bauen soll mit günstigen Krediten und steuerlichen Anreizen gefördert werden, und die Gelder aus Steuererleichterungen für die Öl- und Gasindustrie sollen künftig für die Stärkung der Wind- und Solarenergie eingesetzt werden.

Ihr Ehemann Bill Clinton hat sich als einer ihrer wertvollsten Befürworter bewährt, der alle Bemühungen von Hillary unterstützt, ihren eigenen Weg zu gehen. Von einem langjährigen Weggefährten der beiden Clintons, dessen Rat Hillary Clinton bei ihrem Streben nach Rückkehr ins Weiße Haus hoch schätzt, stammt folgende Formel für das vielleicht größte Hindernis auf diesem Weg: "Starke Argumente sprechen dafür, dass sie Präsidentin wird. Sie hat einen acht Jahre dauernden Fortgeschrittenenkurs im Amt absolviert, sie hat ein fortschrittliches Programm. Aber in dieser Phase hätte sie mehr ausprobieren und aggressiver sein sollen, nicht so rückwärtsgewandt. ... Abgesehen davon, ich bin nicht sicher, ob ich den ganzen Zirkus noch mal erleben will."

Gewisse Probleme hatte sie als Senatorin von New York durch ihre ursprüngliche Zustimmung zum Irak-Krieg der USA. Am 10. Oktober 2002 stimmte sie dem Beschluss des Senats zu, Präsident Bush die Genehmigung zum Einsatz von Gewalt gegen Saddam Hussein zu geben. Als ihr bewusst wurde, dass die USA gleich in Richtung Krieg marschierten und sich das Abenteuer Irak in eine Katastrophe verwandelte, erklärte sie: 'Hätte ich damals gewusst, was wir heute wissen, so hätte ich nie dafür gestimmt, dem Präsidenten die Befugnis zu erteilen.' Ihre heutige Position: "Wenn George W. Bush diesen Krieg nicht beendet, bevor er sein Amt verlässt, werde ich es tun, wenn ich Präsidentin bin."

Ihre beiden schärfsten Konkurrenten, Barack Obama und John Edwards, rechneten bereits - damit sie weiterkommen - im Vorfeld mit einem gefährlichen und unberechenbaren Terrain für Hillary Clinton in den Parteiveranstaltungen des Bundesstaates Iowa am 3. Januar 2008 und danach bei den Vorwahlen am 5. Februar 2008 in 20 Bundesstaaten, darunter in den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Kalifornien und New York.

Barack Obama studierte Politik an der Columbia-Universität und absolvierte als Jurist die Eliteuniversität Harvard. Danach war er als Anwalt im Bundesstaat Illinois tätig. 1996 wurde Obama als Senator dieses Bundesstaates gewählt. 2000 verlor er eine mögliche Kandidatur für das Repräsentantenhaus in Washington, aber 2004 wurde er mit großer Mehrheit als Senator gewählt. Er ist heute der einzige Senator mit schwarzafrikanischer Herkunft, der fünfte dieser Art in der Geschichte der USA.

Barack Obama verfügt nach Aussagen vieler Kommentatoren über beträchtliche innere Stärke, Überzeugungskraft und ein politisches Naturtalent. Zugleich besitzt er Charme, Charisma, ein ausgewogenes Denken und die Fähigkeit, Menschen mit unterschiedlichen Positionen zusammenzufügen. Man spricht bereits von "Obamamania" und nannte ihn sogar einen neuen John F. Kennedy als Verkörperung der Hoffnung, damit die USA aus dem bedrückenden Alptraum der Bush-Jahre erwachen könnten. Obama tritt für Steuersenkungen zugunsten der Mittelklasse und für eine Krankenversicherung für alle Bürger der USA ein. Von Anfang an war er strikt gegen den Irak-Krieg der USA: 'Ich bin nicht einfach gegen Kriege, sondern gegen unsinnige Kriege.' Als Mitglied des außenpolitischen Ausschusses des Senats fordert er den Abzug der US-Truppen bis Sommer 2008. In seiner politischen Philosophie setzt sich Obama mit Leib und Seele als Verfassungspatriot gegen wachsende Ungleichheiten und für einen politischen und kulturellen Pluralismus in einer großen und vielgestaltigen Gesellschaft ein. Als Kämpfer für Entrechtete und Hoffnungslose richtet er an die Gesellschaft einen Appell zur Einheit und damit zur Überwindung der Spaltungen in der Nation.

In seinem Buch "HOFFNUNG WAGEN: Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream", das direkt aus Gesprächen im Wahlkampf entstanden ist, erinnert Obama an eine politische Tradition, die schon immer bestanden habe, von der Gründungszeit der Vereinigten Staaten bis zu den glorreichen Tagen der Bürgerrechtsbewegung: "Und diese Tradition beruht auf dem einfachen Gedanken, dass wir gemeinsame Interessen mit unseren Mitmenschen hätten, dass uns mehr miteinander verbinde als trenne und dass wir, wenn genug Menschen an diese Idee glaubten und danach handelten, zwar nicht alle Probleme lösen, aber etwas Sinnvolles erreichen könnten."

Was ihm wirklich Sorge macht; "ist die Kluft zwischen dem Ausmaß unserer Probleme und den kläglichen Resultaten unserer Politik, die Leichtigkeit, mit der wir uns vom Unbedeutenden und Trivialen ablenken lassen, unsere chronische Vermeidung schwerer Entscheidungen, unsere offenkundige Unfähigkeit, einen belastbaren Konsens zur Lösung auch nur eines der großen Probleme zu finden". '

In dem von Obama entwickelten Wahlkonzept spielen Umweltschutz und Klimawandel eine ähnlich bedeutsame Rolle wie bei Hillary Clinton. Sie stimmen in allen o.g. Positionen überein. Mehrfach verwies er darauf, dass sich die dafür notwendigen Investitionen am Ende auszahlen würden. Eines der wichtigsten Resultate dabei sei die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Obama wird als politisches Naturtalent und für seinen Mut zum Risiko gepriesen. Er gilt als der Charismatischste unter den demokratischen Kandidaten, der als Rednertalent Massen mobilisieren und begeistern kann. Am 10. Februar 2007 gab er in Springfield, der Hauptstadt des Bundesstaates Illinois und Heimat von Abraham Lincoln, seine Präsidentschaftskandidatur bekannt.

Die anderen o. g. Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei sind bekannte Persönlichkeiten: **Bill Richardson** ist seit fünf Jahren ein erfolgreicher Gouverneur des Bundesstaates New Mexico; **John Edwards** war von 1999 bis 2005 US-Senator des Bundesstaates North Carolina und 2004 Vizepräsidentschaftskandidat; **'Joe' (Joseph Robinette) Biden Jr.** ist US-Senator seit 1973 und u.a. führendes Mitglied im Außenpolitischen Ausschuss des Senats.

Als Präsidentschaftskandidaten für die Republikanische Partei haben sich bis jetzt beworben:

Rudolph (Rudi) Guiliani (63) – von 1994 bis 2001 Bürgermeister von New York, danach Gründer eines Sicherheitsunternehmens; **Mitt Romney** (60) – von 2003 bis 2007 Gouverneur von Massachusetts, danach Gründer eines Investmentunternehmens, gehört zu den führenden Mormonen in den USA; **Fred Thompson** (65) – von 1995 bis 2003 US-Senator für den Bundesstaat Tennessee, Schauspieler in der Fernsehserie 'Law & Order'; **John McCain** – einer der dienstältesten US-Senatoren, war 5 Jahre Gefangener in Vietnam und leidet bis

heute an diesem Trauma; **Mike Huckabee** (52) – ein Bassgitarre spielender Pfarrer mit eigener Band und von 1994 bis 2001 Gouverneur von Arkansas. Im Oktober 2007 wurde Huckabee in Washington auf einer Tagung von über 5000 christlich-konservativen Wählern zum 'beliebtesten Kandidaten der christlich-konservativen Rechten' gewählt. In den Wahljahren 2000 und 2004 verhalf nicht zuletzt eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligung unter den christlich-konservativen Rechten Präsident Bush zum Sieg. Es herrschen bestimmte Zweifel vor, ob die Republikanische Partei im Jahre 2008 noch einmal mit einem derartigen konservativen Kandidaten, wie es Präsident Bush ist, ins Rennen gehen will. Ihnen wird nichts anderes übrig bleiben, als einem anderen Kandidaten zuzustimmen.

Rudi Giuliani liegt bei Umfragen unter republikanischen Wählern mit 24 % landesweit vorn. Er wird als Held des 11. Septembers gepriesen. Sein umsichtiges Wirken als Bürgermeister von New York fand allgemeine Anerkennung. Giuliani unterstützt den Irak-Krieg der USA und bezieht gegenüber Iran harte politische Positionen. Er verspricht Steuersenkungen, kämpft gegen die Klimakatastrophe und fordert eine Schulreform. Auf der o.g. Konferenz christlich-konservativer Wähler in Washington versuchte er diese Bevölkerungsgruppe für sich zu gewinnen, indem er folgende 'Gemeinsamkeiten' mit seinen politischen Vorhaben in Übereinstimmung brachte: Kampf gegen den Terror, gegen Prostitution und Pornographie, weitreichende Unterstützung Israels, die Ansicht, dass Eltern selbst entscheiden sollen, an welche Schulen sie ihre Kinder schicken wollen sowie ein grundsätzliches Votum für Selbstverantwortung: "Ich glaube an Gott, bete, ich bin im Fundament ein Mann des Glaubens." Auf einen Klimawandel, der für die gegenwärtigen republikanischen Präsidentschaftskandidaten kein Wahlkampfthema ist, sollte man nach Giuliani nicht zu hysterisch reagieren. Es ist jedoch Tatsache, dass immer mehr junge republikanische Wähler die Forderung nach einer neuen Klimaschutzpolitik mit der Begründung, wie sie diese bei Obama vorfinden, unterstützen. Als Schwächen werden Giuliani ausgelegt: zu liberales Verhalten in der Abtreibungsfrage, weil lediglich Eintreten für Senkung der Abtreibungsrate, Anerkennung im Verhältnis zu Schwulen und Lesben, verheiratet in dritter Ehe mit Judith Nathan, Weigerung seiner beiden Kinder aus zweiter Ehe, ihn im Wahlkampf zu unterstützen.

Mitt Romney: Gehört mit seiner Familie (Ehefrau, 5 Kinder und 10 Enkel) zu den führenden Mormonen. Für religiöse Rechte sind diese zu den Gotteskriegeren des vergangenen Jahrhunderts zu rechnen, die einen verrückten Kultus repräsentieren und die Polygamie fördern würden. Tatsächlich sehen viele Bürger der USA in den Mormonen noch eine Sekte. Mitt Romney nutzte Anfang Dezember 2007 eine Grundsatzrede, um seinen Glauben und seine Kirche, Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage, zu charakterisieren, in der weltweit mehr als 13 Millionen Mitglieder organisiert seien.

Mitt Romney ist nicht der erste Mormone, der Präsident der USA werden will, aber ihm wird von seiner Kirchenleitung als erstem die Chance eingeräumt, die Nominierung der Republikanischen Partei zu gewinnen. Umfragen des Nachrichtenmagazins Newsweek zufolge sind 45 Prozent der US-Bürger unsicher, ob sie einen Mormonen als Präsidenten wählen würden.

Er unterstützt den Irak-Krieg der USA, bleibt jedoch auf Distanz zu Bush. Iran sieht er als größere Bedrohung. Romney war als Gouverneur von Michigan (2003 bis 2007) erfolgreich tätig (setzte dort die obligatorische Krankenversicherung für alle Bürger des Bundesstaates durch), gründete danach eine Investmentfirma und gilt als Retter der Olympischen Winterspiele in Salt Lake City im Jahre 2002. Er verpflichtet sich, als Präsident der USA keine Steuern zu erhöhen. Romney selbst kann Millionen Dollar in seinen Wahlkampf investieren. Er studierte Jura und Wirtschaft auf der Eliteuniversität Harvard und schloss mit summa-cum-laude ab. Landesweit ist Romney unbekannt, gilt als zu glatt und unpersönlich. Sein Glaube als Mormone ist sein größtes Handikap, das er jedoch im Wahlkampf vor allem als kluger Redner und telegen auftretender Politiker mildern kann. Er ist gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften, gegen Stammzellenforschung und befürwortet die Todesstrafe

Mike Huckabee gilt als Anti-Washington-Man, der im Dezember 2007 laut Umfrageresultat im Bundesstaat Iowa in der Gunst der Anhänger der Republikanischen Partei die Führungsposition unter den Präsidentschaftsbewerbern vor Romney und Guiliani eingenommen haben soll. Der Wahlexperte Chuck Todd vom Nachrichtensender NBC lieferte dafür eine überzeugende Erklärung: "Die republikani-

schen Kandidaten haben vergessen, wie sehr sich auch ihre Wähler einen Wandel wünschen."

Seine Willensstärke demonstrierte Huckabee mit einer 45-Kilo-Diät, von ihm dargestellt in einem Buch mit dem Titel "Hör auf, Dir mit Messer und Gabel Dein Grab zu schaufeln". Sein Programm für Amerika lautet: "Iss weniger, arbeite mehr". Im Irak-Krieg unterstützt er die Strategie von Präsident Bush, zunächst mit mehr Truppen für mehr Sicherheit zu sorgen. Sein Wahlkampfbudget in Höhe von lediglich 8 Millionen Dollar wird nicht lange reichen. In Hope geboren, so wie Bill Clinton, nutzt er für seine Bitte: "Gebt Hope eine zweite Chance."

Bei einer gemeinsamen Vorstellung aller 8 Kandidaten der Republikanischen Partei in einer TV-Debatte wurde deutlich, dass die Partei echte Probleme hat, einen geeigneten Präsidentschaftskandidaten für die November-Wahl 2008 zu finden. Offensichtlich zieht die Marke 'Republican' nicht mehr. Lediglich Mike Huckabee erntete allgemeine Zustimmung des Gremiums mit der Bemerkung, dass Jesus viel zu klug gewesen sei, um sich jemals für ein öffentliches Amt zu bewerben. Einig waren sich alle acht darin, den Namen des gegenwärtigen Präsidenten George W. Bush nicht mehr zu nennen, woraus sich u. a. schließen lässt, dass der Irak-Krieg der 'konservativen Revolution' endgültig den Garaus bereitet hat.

Etappen des Wahlkampfes 2008/2009

In der ersten Jahreshälfte 2008 erleben die USA zunächst getrennte innerparteiliche Wettläufe um die Nominierung ihrer Kandidaten. In der zweiten Jahreshälfte, wenn die Spitzenkandidaten für Präsident und Vizepräsident festliegen, wird daraus der Machtkampf zwischen Demokraten und Republikanern. Nicht nur die überwältigende Mehrheit der Bürger der USA, sondern die ganze Welt erwartet mit dem Machtwechsel eine Wende, denn die Ära von George W. Bush ist beendet.

Januar bis Juni 2008

Vorwahlen (Primeries): In allen 50 Bundesstaaten der USA finden jeweils auf Parteiebene Wahlveranstaltungen in unterschiedlichen Formen mit dem Ziel statt, dass sich die Kandidaten vorstellen kön-

nen und ihre Reihenfolge festgelegt wird. Bei der Auswahl der Kandidaten erhält damit die Parteibasis ein wichtiges Mitspracherecht. Sie bestimmt die Delegierten, die auf den Parteitagen die beiden Spitzenkandidaten für die Präsidentschaftswahl benennen.

Die Vorwahlen in den ersten beiden Monaten 2008 prägen das Image der Bewerber für die gesamte Wahlkampagne: So wie am 3. Januar in Iowa – der ländliche Bundesstaat macht seit 1972 den Anfang. Am 8. Januar in New Hampshire durften auch Nichtparteimitglieder mit abstimmen. Am 26. Januar in South Carolina erfolgt der erste Test im bibelfesten Süden der USA. Am 29. Januar in Florida, der zum ersten Mal seine Vorwahlen vorverlegt hat. Am 5. Februar, dem Super Tuesday in 22 Staaten, darunter in den Bundesstaaten Kalifornien und New York. Dann könnten die jeweils beiden Kandidaten der Demokratischen und der Republikanischen Partei bereits feststehen.

Juli - September 2008

Parteitage: Die Parteien berufen Parteitage mit dem Ziel ein, die endgültigen beiden Kandidaten für Präsident und Vizepräsident zu wählen

September / Oktober 2008

Öffentliche Streitgespräche zwischen den auf den Parteitagen gewählten Kandidaten für die Novemberwahl.

4. November 2008

Wahltag (bei den Wahlergebnissen für den Präsidenten ist zu beachten, dass die Mehrheit an Wahlmännern und nicht die Zahl der Wähler entscheidet. 2004 brauchte George W. Bush für seine zweite Präsidentschaft sogar erst ein 5:4 - Urteil des Obersten Gerichts der USA zu seinen Gunsten. Der Repräsentant der Demokratischen Partei, Al Gore, erhielt über 500 000 Wählerstimmen mehr als Bush).

Das Wahlmännergremium besteht aus 538 Wahlmännern. Die Zahl der Wahlmänner pro Bundesstaat entspricht der Anzahl der Abgeordneten im Kongress. Da jeder Bundesstaat unabhängig von seiner Größe zwei Senatoren in den Kongress entsendet, entspricht also auch die Verteilung der Wahlmänner nicht exakt der Bevölkerungsverteilung. Jeder Bundesstaat erhält damit mindestens drei Wahlmänner. Washington D. C. entsendet - obwohl kein Bundesstaat - drei Wahlmänner (XXIII. Verfassungszusatz).

15. Dezember 2008

Die Wahlmänner jedes Bundesstaates treffen sich in ihrem Bundesstaat, um für den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu stimmen. Die Stimmen werden in "Certificates of Vote" unterschrieben, versiegelt und beglaubigt an den Senatspräsidenten und den Archivist der Vereinigten Staaten am Regierungssitz verschickt.

6. Januar 2009, 1 Uhr nachmittags

Der Kongress zählt die Wahlmännerstimmen aus, d.h. der Senatspräsident liest sie vor.

20. Januar – Vereidigung

Um 12 Uhr werden vor dem Kapitol in Washington D. C. der neue Präsident und der neue Vizepräsident vereidigt.

Zur Stellung des Präsidenten im politischen System der USA

Grundsätzliche politische Unterschiede sind sowohl zwischen der Republikanischen Partei und der Demokratischen Partei als auch zwischen ihren Kandidaten kaum auszumachen - sofern vorhanden, betreffen sie vor allem taktische Fragen, bestenfalls Fragen der Handhabung der Macht, die von den jeweiligen Kapital- und Finanzgruppen sowie ihren think tanks bestimmt werden. Im Wahljahr 2008 spielt offensichtlich die Befürchtung eine Rolle, dass die Weiterführung der Politik der Bush-Administration sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik politisch und moralisch den Weltmachtanspruch der USA in Frage stellt.

Auch ein Blick auf das politische System der USA macht die Bedeutung dieser Fragestellung deutlich.

Der US-Präsident verfügt über umfangreiche und außergewöhnliche Machtkompetenzen. Ohne Zustimmung des Präsidenten kann kein vom Kongress verabschiedetes Gesetz in Kraft treten und umgekehrt benötigt der Präsident für die Umsetzung seiner Staatspolitik die Zustimmung des Kongresses. Letzteres wird vor allem am Budget sichtbar, das vom Kongress bestätigt werden muss.

Der Präsident der USA ist:

- Chef der Exekutive, also der gesamten Bundesadministration. In dieser Eigenschaft wählt er alle maßgeblichen hohen Regierungsrepräsentanten aus und ernennt sie. Diese ca. 8000 Personen sind an seine Weisungen gebunden. Von seinen Ministern muss er lediglich den Außen- und den Verteidigungsminister durch den Kongress bestätigen lassen.
- Oberster Gesetzgeber: Er kann selbst Gesetze vorschlagen und besitzt das Vetorecht gegenüber allen Gesetzen und gegenüber einzelnen Budgetposten. Im Vetofall gehen die Gesetzentwürfe an den Kongress mit der Auflage zurück, Änderungen vorzunehmen und den erneuerten Gesetzestext dem Präsidenten zur Bestätigung vorzulegen. Will der Kongress eine Gesetzesversion ohne den Präsidenten durchbringen, müssen 2/3 aller Kongressmitglieder zustimmen.
- Oberbefehlshaber des Heeres und der Flotte, womit über 2,1 Millionen Bedienstete verbunden sind. Jedoch kann allein der Kongress den Krieg erklären. Der Präsident kann ohne Zustimmung des Kongresses nur 60 Tage US-Truppen im Ausland einsetzen.
- Jährlicher Berichterstatter zur Lage der Nation. Dadurch nimmt er starken Einfluss auf die Richtung der Innen- und Außenpolitik. Für die Erarbeitung dieser Berichte stehen ihm spezielle Institutionen zur Verfügung.
- Erster Diplomat des Landes, wodurch er die Politik gegenüber anderen Staaten formen und lenken kann. Als oberster Repräsentant nach außen benötigt er aber die Zustimmung des Senats für den Abschluss von Verträgen.

Den beiden Kammern des Kongresses ist der Präsident nicht rechen-schaftspflichtig.

Präsident und Vizepräsident werden gemäß US-Verfassung als einzi-ge gewählte Repräsentanten des Staates nicht durch direkte öffentli-

che Stimmenabgabe, sondern durch das Wahlmännergremium gewählt.

Eine Amtsenthebung des Präsidenten ist nur durch Impeachment möglich: Verfassung Artikel II, Abschnitt 4: "Der Präsident, der Vizepräsident und alle Zivilbeamten der Vereinigten Staaten werden ihres Amtes enthoben, wenn sie wegen Verrats, Bestechung oder anderer Verbrechen und Vergehen unter Anklage gestellt und für schuldig befunden worden sind." Das Repräsentantenhaus hat das alleinige Recht, Amtsanklage gegen den Präsidenten zu erheben. Es beschließt mit einfacher Mehrheit über die Einleitung eines Impeachment - Verfahrens. Der Senat ist zuständig für die Durchführung des Verfahrens. Bei einer Anklage gegen den Präsidenten tagt der Senat unter Vorsitz des obersten Bundesrichters (Chief Justice). Für eine Verurteilung ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren erforderlich. Sie hat die sofortige Amtsenthebung zur Folge.

Zur Stellung des Kongresses (Repräsentantenhaus und Senat) im politischen System der USA

Der Kongress ist das höchste gesetzgebende Organ der USA. Er setzt sich aus dem Abgeordnetenhaus (House of Representatives) mit 435 Vertretern und dem Senat mit 100 Mitgliedern – zwei aus jedem der 50 Bundesstaaten – zusammen. Die Abgeordneten werden alle zwei Jahre und die Senatoren alle sechs Jahre direkt gewählt.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Kongresses zählen:

- Billigung des Staatshaushaltes sowie verschiedener Steuern und Abgaben.
- Genehmigung der Finanzausweisungen an die Armee, die Flotte, Luftfahrt und an CIA und FBI.
- Kontrolle des Präsidenten und Vizepräsidenten.
- Regelung des Handels zwischen den US-Bundesstaaten, der Tätigkeit von Eisenbahnen, Binnen- und Seeschifffahrt, Fernsehen, Rundfunk und Fernsprechwesen.

- Verfügung über das staatliche Eigentum und Erlass von Gesetzen über Wirtschaftsangelegenheiten.
- Regulierung des Bundesgerichtes und des Postwesens.
- Lenkung des Außenhandels, Gewährung von Anleihen für ausländische Staaten und Aussprechen von Kriegserklärungen.
- Verabschiedung wichtiger zwischenstaatlicher Akte und Bestätigung auswärtiger Verträge.

Die parlamentarische Hauptarbeit wird in Kommissionen und Komitees geleistet.

In diesem Rahmen wirkt der sog. Kongress-Lobby-Komplex: Verschiedenartige Interessengruppen sind mit Hilfe von Agenten (Lobbyisten) in pressure groups (Lobbyistenverbänden) organisiert, womit hinter den Kulissen sichergestellt ist, dass bei allen wichtigen parlamentarischen Entscheidungen (Verabschiedung von Gesetzen, Verteilung und Umverteilung von Haushaltsmitteln, Vergabe von Regierungsaufträgen und staatlichen Krediten etc.) die Forderungen einflussreicher Kapital- und Finanzgruppen berücksichtigt werden.